

Ausgabe Februar 2009

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Köllerbacher Vereinshaus schon seit einigen Wochen geschlossen:

Vereine stecken in der Klemme

Der „Fanfarenzug Rot-Weiß“ traf sich zu seinen Proben im Vereinshaus, bis auf einmal die Nachricht kam, dass es geschlossen werde. Dann musste eine neue Bleibe gefunden werden. Ähnlich erging es den „Roten Bienen“ und dem Verein „Motocycles Friends“, die über Nacht heimatlos geworden sind. Der renommierte „Bergmanns- und Unterstützungsverein“ konnte Anfang Dezember seine traditionelle Barbarafeier nicht mehr im Vereinshaus durchführen.

Der Ausfall des Köllerbacher Vereinshauses ist ein spürbarer Verlust im gesellschaftlichen Leben dieses Ortsteiles. Nachdem im Jahre 1991 das Kulturhaus in der Engelfanger Straße geschlossen wurde, gab es nur noch einen brauchbaren Saal für Veranstaltungen. Jetzt ist auch damit Schluss, es sei denn, dass eine vertretbare Lösung zur Rettung des Vereinshauses gefunden wird. Die CDU hat dazu auf einer Klausurtagung gefordert: „Stadt soll Vereinshaus kaufen“ (SZ 18.11.08). Die Stadtverwaltung

hat im Invest-Programm 2008-2012 bereits einen Titel vorgesehen, der den Ankauf beinhaltet.

Doch so kann es nicht gehen. Dass die katholische Kirche in einer finanziellen Notlage ist und das Vereinshaus nicht mehr halten kann, muss man zur Kenntnis nehmen. Aber angesichts eines Haushaltsdefizits von 31 Mio Euro (mit zunehmender Tendenz) und der Tatsache, dass sich auch die evangelische Kirchengemeinde von Gebäuden trennen muss (z.B. Gemeindezentrum Pickardstraße), kann eine solche Entscheidung nicht bejaht werden. Hier würde auch ein Präzedenzfall geschaffen.

Die größte Hilfe für die katholische Kirchengemeinde ist es, wenn sie das Vereinshaus zum symbolischen Preis für ein Euro an die Stadt los wird. Dann bleiben für die Kommune noch wahn-sinnig hohe Investitionen, um das Haus auf Vordermann zu bringen. Das wäre im Interesse der Köllerbacher Vereine durchaus vertretbar. Aber keine Sanierung der Kirchenkasse über die Stadt!

Kulturstätte für die Stadt erhalten



Der DKP ist es nicht gleichgültig, was mit dem Vereinshaus in Köllerbach geschieht. Es für die Kulturarbeit in unserer Stadt zu erhalten, wäre sicher am besten. Die Frage ist nur, wie das Projekt finanziell geschultert werden kann.

15. März 2009:

Schon 40 Jahre

DKP



in Püttlingen

Auf Seite 6 bringen wir einen Beitrag zu diesem wichtigen Jubiläum.

DKP fordert Information:

Wie sieht es mit Hilfen für Püttlingen aus?

In einem Schreiben an den Bürgermeister hat die DKP-Fraktion beantragt, in der nächsten Ausschuss-/Ratssitzung darüber zu informieren, inwieweit das von der Bundesregierung aufgelegte u. von den Ländern zu unterstützende Konjunkturprogramm in Püttlingen umgesetzt werden kann. Insbesondere will die DKP wissen:

- welche konkreten Projekte hat die Stadt „auf Lager“, die unmittelbar in Angriff genommen werden könnten?
- welche Maßnahmen sollen Vorrang haben?
- sind auch Vorhaben dabei, die schon vorberaten sind (z.B. Omnibusbahnhof, weitere Bebauung des Senftenberger Platzes sowie Ausbau von Fußwegen und Straßen)?
- gibt es bereits Hinweise, mit wieviel Finanzmitteln die Stadt rechnen kann?
- was kann der Stadtrat tun, um die Forderung nach genügend Teilhabe an den Mitteln zu unterstreichen?

Anmerkungen zur Situation

Auf den Seiten 4+5 setzen wir uns mit der gegenwärtigen Finanzkrise auseinander, die sich immer stärker auf die Realwirtschaft auswirkt. Dabei wird klar, dass die Lage längst nicht so rosig ist, wie von Vertretern der Großen Koalition vielfach dargestellt wird.

Kommunalwahlen am 7. Juni im Blickpunkt:

Gerade jetzt ist eine konsequente und erprobte Opposition im Stadtrat wichtig

Infolge der gegenwärtigen Krise kommt es überall auf dem Globus zu Produktionseinstellungen und Personalabbau, bekannte Großkonzerne entlassen zig-Tausende von Beschäftigten. Rund 27 Millionen Autos stehen weltweit auf Halde und von Daimler, BMW, Ford bis zu VW verordnen die Autokonzerne verkürzte Arbeitszeit. Jetzt hat auch ZF-Getriebe in Saarbrücken Kurzarbeit bis im Juni angekündigt.

Nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds wird der Welthandel erstmals in diesem Jahr schrumpfen. Das trifft Deutschland besonders hart. Als Exportweltmeister mit einem Exportanteil von 48 Prozent am Bruttoinlandsprodukt wird es an der Spitze der Krisenverlierer stehen. Mehr als ein Drittel aller Unternehmen in Deutschland planen deshalb, ihre Belegschaften zu reduzieren.

Eine derart desolante Wirtschaftslage hat natürlich auch ihre Auswirkungen auf die Kommunen. Die Städte und Gemeinden spüren es als erste und in be-

sonderer Weise, wenn Beschäftigte ihre Arbeitsstelle verlieren oder infolge von Kurzarbeit und Sozialabbau die Kaufkraft zurückgeht. In einer solchen Situation ist es gut, dass es eine Partei wie die DKP gibt, die sich mit den Vorgaben und Versprechungen der Regierenden nicht zufrieden gibt, die sich bemüht, Ursachen, Hintergründe und Folgen der entstandenen Lage darzustellen. Wir erlauben uns, das kapitalistische System, in dem die Heiligsprechung der Dividenden erstes Gebot ist, als Hauptursache der Krise zu benennen.

Während andere Parteien oft nur an der Oberfläche plätschern, bemühen wir uns um eine gründliche Analyse und ziehen daraus notwendige Schlußfolgerungen. Dabei bleiben wir stets konsequent und lehnen jede weitere Belastung der Bürger unserer Stadt ab.

In Püttlingen hat sich die DKP im Laufe der Jahre als eine erprobte Oppositionspartei gezeigt, auf die Verlaß ist, die sich für die „kleinen Leute“ engagiert. Das soll auch künftig so bleiben. Darum sind kritische Wähler gut beraten, wenn sie der DKP verbunden bleiben.

Im Wahlkampf vor fünf Jahren hat die DKP mit diesem Plakat um Unterstützung bei der Stadtratswahl geworben. Hertel und Schwindling führten die Liste an, ein gutes Ergebnis wurde erzielt: 15,6 Prozent der Stimmen ergaben 6 Mandate. Diese Verdreifachung der Sitze wirkte sich dann positiv auf die Ratsarbeit aus. Auch am 7. Juni d.J. werden Franz Hertel und Hans Schwindling wieder die Spitze der DKP-Liste anführen.



DKP stellt ihre Listen auf:

An Bewährtem festhalten, lohnt sich immer

Die Vorbereitungen zur Aufstellung der Kandidatenlisten sind weitgehend abgeschlossen, drei Tage nach Erscheinen dieser Zeitung wird eine Mitgliederversammlung die Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber der DKP offiziell küren. Dabei werden die Empfehlungen des Vorstandes eine Rolle spielen.

Schon jetzt ist klar, dass sowohl eine Gebietsliste als auch für die beiden Wahlbereiche jeweils eigene Listen aufgestellt werden.

Der Vorstand hat vorgeschlagen, dass die **Gebietsliste** von Franz Hertel angeführt wird, während der zweite Platz für einen Parteilosen reserviert wird.

Für die **Wahlbereichsliste Püttlingen** werden Edith Albert u. Hans Schwindling (beide sind bereits im Stadtrat vertreten) in Vorschlag gebracht.

Auf der **Wahlbereichsliste Köllerbach** soll Franz Hertel die Spitze einnehmen, während für den 2. Platz wiederum ein Parteiloser vorgeschlagen wird.

Auch bei dieser Stadtratswahl bringt die DKP etliche parteilose Freunde auf aussichtsreiche Positionen, weil wir damit unterstreichen wollen, dass wir gemeinsam mit anderen kritischen Kräften für eine alternative Politik gegenüber der CDU-Majorität eintreten. Bewährtes muss erhalten werden, daran können auch die Wähler mithelfen.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 · Eigendruck

Ostumgehung in der Diskussion:

Die „Unvollendete“ am Dickenberg muss endlich einer dauerhaften Lösung weichen!

Der Komponist Franz Schubert hat 1822 eine Sinfonie geschrieben, die als die ‚Unvollendete‘ in die Geschichte eingegangen und berühmt geworden ist. Das wird mit der unvollendeten Umgehungsstraße zum Dickenberg aber kaum passieren, denn der Unmut über den schlechten Zustand der Strecke zwischen Reiterhof und Kompostieranlage ist unbestritten. Jetzt muss endlich was passieren.

Erinnern wird uns: Jahrelang gab es Beschwerden und Proteste von den Anliegern der Bildchen- und der Weiherbergstraße, weil Lärm und Dreck der vorbeidonnernenden LKWs nicht mehr zu ertragen waren. Immer wieder wurde Abhilfe verlangt

Massive Forderungen

Auch die DKP-Fraktion hat sich in dieser Frage stark engagiert. Bis dann im Stadtrat **einstimmig** der Beschluss ge-



Tiefe Spurrinnen (Foto) und unzählige Schlaglöcher prägen die Zufahrtsstraße zur Sandgrube Schmeer. Viele Autofahrer erfasst ein Grausen, wenn sie ihre Abfälle zur Kompostieranlage bringen, ganz zu schweigen von den Spaziergängern, die sich über den Straßenzustand beschweren. Hier könnte die umstrittene Ostumgehung bald für Abhilfe sorgen.

fasst wurde, unweit des Industriegebietes am Bahnhof einen Kreisell zu bauen und von da aus die Umgehungsstraße zur Kiesgrube Schmeer zu bauen. Als das Projekt bis zum Reiterhof fertig war, gab es bei den Anliegern der genannten Straßen hörbares Aufatmen; eine spürbare Verkehrsberuhigung war eingetreten. Doch die Umgehungsstraße ist immer noch unvollständig.

Das letzte Stück fehlt

Die Arbeiten konnten damals nicht weiter geführt werden, weil es Probleme mit der Finanzierung gab. Die Situation änderte sich erst, als die Bereitschaft der Landesregierung bekannt wurde, für Völklingen eine Entlastungsstraße zu bauen, die von Luisenthal aus über den Höhenzug am Dickenberg bis zum Anschluss Reiterhof geht und von da aus über die bereits vorhandene Straße bis Riegelsberg geführt wird.

Diese Planung ist im Stadtrat zunächst einmütig begrüßt worden, denn mit dem Vorhaben bekommt Püttlingen das noch fehlende Stück einer lang geplanten Straße und damit auch die Möglichkeit zur Erschließung von Gewerbegebiet am Dickenberg.

Probleme wurden sichtbar

So war es nicht hinzunehmen, dass im Bereich der Weiheranlage Kesselfeld ein etwa acht Meter hoher Damm aufgeschüttet wird, um 70 Stundenkilometer für die Autofahrer zu ermöglichen.

Die DKP war der Meinung, dass hier eine Begrenzung auf 50 km/h notwendig ist. Dadurch kann die Dammhöhe auf fünf Meter reduziert und die Straßensteigung dennoch entschärft werden. Die neue Lösung bedeutet zwar viel Geländeaufschüttung, bei ordentlicher Ausführung dürfte dies aber keine Schwierigkeiten bereiten. Deshalb gab es im Werksausschuss eine mehrheitliche Zustimmung. Nur die SPD scherte aus. Die Püttlinger Sozialdemokraten plädieren inzwischen dafür, die so genannte Ostumgehung völlig zu stoppen. Ihrer Ansicht nach überwiege das Negative, seien die Belastungen größer als die Entlastungen. Diese krasse Kehrtwendung ist nicht nachvollziehbar.

Ausstieg macht keinen Sinn

Wenn drei Viertel der ursprünglich geplanten Umgehungsstraße fertig sind, ist es doch sinnvoll, auch das letzte Viertel zu realisieren. Die Chance, dies umzusetzen, ist jetzt mit der Ostumgehung von Luisenthal über Dickenberg nach Püttlingen gegeben. Dass es dabei vornehmlich auf Völklinger Bann noch Probleme gibt, ist kein Grund auszusteigen, zumal die Fachleute gefordert sind, adäquate Lösungen dafür zu finden.

Die DKP ist für die schnelle Realisierung des Vorhabens, damit die auf Püttlinger Bann bereits ausgebaute Strecke endlich mal ihre volle Wirksamkeit erreichen kann.

SPD plötzlich anderen Sinnes:

Meister im Umschwenken

BM Speicher hat die Kehrtwendung der SPD als „Salto rückwärts“ bezeichnet. Die Bürgermeisterkandidatin der SPD, Denise Klein, weist das zurück und betont, die Püttlinger Sozialdemokraten seien zu einer anderen „Bewertung“ gekommen. So was ist ehrenhaft, fraglich wird es, wenn der Sinneswandel aus opportunistischen oder wahlaktischen Gründen erfolgt. Einige Beispiele gab es in der Vergangenheit.

1991 - Projekt Breitwies: Erst dafür, später der Vorschlag, dort ein Gewerbegebiet zu erstellen, dann wieder Umkehr und Zustimmung.

1995 - Ehrenbürgerschaft: Im Ausschuss Zustimmung für die Ehrenbürgerschaft von Leo Altmeyer, im Stadtrat dann dagegen.

1996 - Burgplatz: Anfangs Einmütigkeit im Stadtrat für die Bebauung des Burgplatzes, später dann Front gegen das Projekt.

2001 - Don-Bosco-Schule: Zunächst Zustimmung, später dann Ablehnung.

Finanzkrise wirkt sich immer stärker auf die Realwirtschaft aus:

Die Lage ist längst nicht so rosig, wie sie von den Regierenden dargestellt wird



Deutschland steht vor einer „Rezession historischen Ausmaßes“, sagte der Präsident des Münchner IFO-Instituts Mitte Dezember. Mit einem Schrumpfen der Wirtschaft um 2,2 Prozent in 2009 und einem Anwachsen der Arbeitslosenquote auf vier Millionen bis 2010 müsse gerechnet werden. Schon jetzt gibt es zunehmend mehr Alarmsignale aus der Wirtschaft. In Deutschland gefertigte Autos, Maschinen, Chemieprodukte usw. werden nicht mehr so nachgefragt, Exportverträge brechen weg. Jetzt werden die Folgen davon immer sichtbarer: massenhafte Kurzarbeit infolge zurückgehender Aufträge. Im Dezember waren allein im Saarland 4550 Beschäftigte in 150 Betrieben davon betroffen. Betriebsschließungen und Entlassungen nehmen zu. Panik breitet sich aus.

Es ist schon erstaunlich, zu welcher jähren Wendungen die Regierenden in Berlin plötzlich „fähig“ sind: Noch im September des vergangenen Jahres wehrten sich Frau Merkel und Herr Steinbrück gegen Krisengerede und gingen von erheblichen Wachstumsraten aus. Vierzehn Tage später diagnostizierten sie die tiefste Krise der Weltwirtschaft seit 1929 und sagten für 2009 gravierende Einschnitte voraus. In den Neujahrsansprachen appellierten diese „Staatslenker“ an die gemeinsame Verantwortung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ursachen werden verkleistert

Die Regierenden und ihre Lautsprecher verhalten sich so, als sei plötzlich eine Naturkatastrophe eingetreten, deren Folgen man nun gemeinsam abwehren muss. Doch hier geht es weder um ein Naturereignis noch um etwas Übernatürliches, dass man nicht vorhersehen konnte. Die jetzt immer nachhaltiger auch auf die Realwirt-

schaft wirkende Finanzkatastrophe ist das verbrecherische Ergebnis neoliberaler kapitalistischer Politik!

Raffgierige Finanzhaie

Nimmersatte Finanzhaie in den USA haben Millionen Menschen um ihre Existenz und deren Häuser unter den Hammer gebracht. Auch raffgierige deutsche Banken haben sich an den Finanzbetrügereien beteiligt und sind dabei auf die Nase gefallen, mit Milliardenverlusten im Ergebnis.

Aber ein Ende der Verluste ist noch nicht abzusehen. Laut einer Umfrage „besitzen die deutschen Banken ‚toxische Wertpapiere‘ von knapp unter 300 Milliarden Euro, von denen erst rund ein Viertel abgeschrieben“ wurden (SZ vom 19.1.09). Es wird also weitere Bemühungen geben, diese faulen Wertpapiere aus den Bilanzen zu verbannen. Und das unter dem staatlichen Schutzschirm von 470 Milliarden. Wie hoch sich die tatsächlichen Verluste am Ende beziffern, kann bis jetzt noch niemand

sagen. Man darf jedoch davon ausgehen, dass letztlich erneut Steuerzahler, Arbeitnehmer, Rentner und Sparer büßen müssen für die unglaublich teure „Rettung“ des Bankensystems, für den Rückgang des Exports, für sinkende Wachstumsraten und Rezession.

Angesichts der Bedrohung von Arbeitsplätzen durch die derzeitige Krise hat DGB-Chef Sommer „die Eier nach hohen Renditen“ (SZ vom 29.12.08) kritisiert und an die „moralische Pflicht“ der Wirtschaft appelliert, Stellen zu erhalten. Das ist allerdings ziemlich naiv, denn das Kapital hat noch nie nach Moral gefragt, wenn es um Profit ging. Die verstehen nur gewerkschaftliche Kampfaktionen. Doch davon hat Kollege Sommer nicht gesprochen.

Kapital kennt keine Moral

Was gegenwärtig für die Bürgerinnen und Bürger in alarmierender Weise sicht- und spürbar wird, ist der pure, der reale Kapitalismus. Dieser hat noch nie vor Betrug und Verbrechen, vor brutaler Gewalt zurückgeschreckt, um seine Ziele zu erreichen; Ausbeutung, Krieg und Terror sind diesem System immanent. Nicht zuletzt Afghanistan und Irak sind dafür eindeutige Beweise.

Es steht fest: Macht- und Profitstreben haben zur jetzigen Lage geführt, aber das wollen die Herrschenden nicht zugeben, geschweige denn die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Die Regierenden scheinen sich auch über das wahre Ausmaß der Finanzkrise und die Wirkungen aller Krisenerscheinungen nicht einig zu sein.

Wie das Stochern im Nebel

Offensichtlich sind die Regierungsparteien unsicher, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, denn laufend gibt es neue Überlegungen:

So wurden staatliche Maßnahmen anfangs weit von sich gewiesen und als ‚nicht notwendig‘ bezeichnet. Dann folgte die Blitzentscheidung für einen „Rettungsschirm“ von 470 Milliarden Euro zugunsten der Banken. Von Konjunkturprogrammen für die Wirtschaft wollte man zu diesem Zeitpunkt nichts



wissen. Nur wenig später wurde ein erstes Hilfsprogramm verkündet. Inzwischen ist ein zweites Programm beschlossen worden, das 50 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Konjunkturkrise bereitstellt.

Das Konjunkturpaket II

Das Mitte Januar 2009 von den Koalitionsfraktionen aus CDU/CSU und SPD beschlossene zweite Konjunkturpaket mit jeweils 25 Milliarden Euro für 2009 und 2010 ist keineswegs das größte in der bundesdeutschen Geschichte. Bezogen auf die Wirtschaftsleistung beträgt selbst das Gesamtvolumen weniger als ein Prozent. Der Umfang der eigentlich konjunkturwirksamen Ausgaben, insbesondere der öffentlichen Investitionen, liegt deutlich niedriger.

Schwache Binnennachfrage

Als Ursache der Probleme wird fast ausschließlich auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verwiesen. Die hausgemachten Probleme, die Binnenmarktschwäche durch Lohndumping und Sozialabbau im Zuge der „Agenda 2010“ werden ausgeblendet. Dabei ist Deutschland wegen seiner starken Exportorientierung und Binnenmarktschwäche besonders anfällig und betroffen von der Krise. Die wirtschaftliche Rezession hat zudem bereits im 2. Quartal 2008 begonnen, deutlich bevor sich die Auswirkungen der Finanzkrise voll bemerkbar gemacht haben.

In dem geplanten Programm stehen dem Saarland für 2009 und 2010 rund

SLB: 70 Mio. Verlust

Die Saar-LB hat zum Abschluss des 3. Quartals 2008 einen Verlust von 68,2 Millionen Euro hinnehmen müssen. So wurden 17,5 Mio. Euro auf Investitionen bei isländischen Banken abgeschrieben, weitere 17,5 Mio. gingen an die bankrotte Investmentbank Lehman Brothers flöten. Das ist skandalös.

Faule internationale Finanzmanipulationen der Landesbank kosten den saarländischen Steuerzahler enorme Mittel, die für kommunale Investitionen nicht mehr zur Verfügung stehen. Kein Wunder, dass sich die Landesregierung an 101 Mio. Euro aus dem Finanzausgleich für die Kommunen vergreift.



Wachsende Armut gibt es auch in Püttlingen. Doch es kann noch schlimmer kommen, wenn sich die gegenwärtige Krise und ihre Folgen verschärfen. Dann reicht auch kein Sozialkaufhaus, wie es unlängst in der Sprenger Straße in Betrieb genommen wurde, dann wird mehr gebraucht als soziale Pflasterchen: Umkehr der Politik zu mehr Sicherheit für die Menschen ist notwendig.

260 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen bereit, welche die Wirtschaft beleben sollen. Davon sind 171,5 Millionen der Anteil des Saarlandes am gemeinsamen Bund-Länder-Konjunkturpaket. Hinzu kommen rund 90 Millionen Euro, die das Land bis 2010 für Investitionen selbst einsetzen will.

Zwei Drittel der Investitionen der Länder und Kommunen sollen in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und in die Forschung fließen. Ein Drittel sind für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur geplant, insbesondere für Krankenhäuser.

Angesichts des riesigen Nachholbedarfs an öffentlichen Investitionen ist der Umfang dieses Programms völlig unzureichend. Vor allem für die Kommunen müsste der Finanzanteil erheblich angehoben werden.

Kaufkraft nachhaltig stärken

Geplante Senkungen von Steuern oder Abgaben kommen vor allem Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen zugute. Für Geringverdiener ist die Entlastung kaum spürbar, ein Großteil der Rentner und Bezieher von Hartz-IV-Leistungen haben gar nichts davon. Eine Entlastung der Verbraucher durch Senkung der Mehrwertsteuer wurde nicht beschlossen, obwohl diese Entlastung für alle sofort spürbar geworden wäre. Es dürfte klar sein, dass mit diesem Konjunkturprogramm die Probleme kaum gelöst werden.

Darüber muss geredet werden:

Es gibt Alternativen!

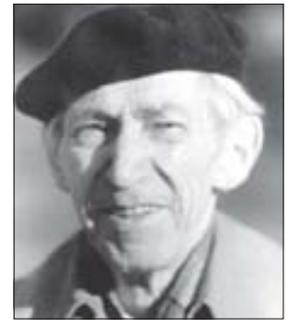
Die etablierten Parteien wollen den Kapitalismus retten, koste es, was es wolle. An der Spitze dieser System-Retter stehen die CDU/CSU, sekundiert von weiteren mit ihr in diversen Regierungen verbundenen Parteien. Dagegen kämpft die DKP für einen anderen Ausweg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir Kommunisten fordern:

- Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle
- Sicherung der Sparkassen, Öffentlichen Banken und des Gemeinwesens vor Privatisierung
- Eine Steuerreform zu Lasten des Großkapitals
- Sofortige Belastung der achthunderttausend (800.000) Millionäre durch eine 5-Prozent-Millionärssteuer
- Beteiligung von Vertretern der Belegschaften, der Gewerkschaften, der demokratischen Vereine, Verbände und Initiativen zur Kontrolle des Finanz- und Wirtschaftswesens und Offenlegung der Prüfergebnisse.

Es gilt, diese grundsätzlichen Forderungen nachhaltig zu vertreten und im außerparlamentarischen Kampf die Diskussion über weitere Zukunftsprojekte im Interesse der Bevölkerungsmehrheit zu führen.



Aus kleinen Anfängen zum viel beachteten Faktor im Leben unserer Stadt



Vor 40 Jahren begann für die DKP der Hindernislauf ins öffentliche Bewußtsein

Ein halbes Dutzend Kommunisten trafen sich am 11. März 1969 auf der Schlehbach im Lokal Stockum, um in Püttlingen eine Gruppe der DKP zu gründen. Es gab Übereinstimmung, diesen Schritt endlich zu tun, denn nach der Konstituierung am 4. Oktober 1968 war die DKP bereits saarlandweit vertreten. Nun sollte auch im Köllertal das Notwendige geschehen.

Im Überschwang der Gefühle wollte die Diskussion aber kein Ende nehmen, immer neue Gesichtspunkte kamen ins Gespräch. Am Ende wurde die Zeit etwas knapp, so dass eine kurzfristige Vertagung beschlossen wurde. Nur vier Tage später, am 15. März, ist dann die

Bildung der DKP-Gruppe Püttlingen vollzogen worden. Alles ging flott über die Bühne, nachdem in der Vorversammlung die Grundfragen zufriedenstellend geklärt worden waren. Ein Vorstand wurde gewählt, dem **Franz Hertel** als Gruppenvorsitzender, **Josef Koch** als Stellvertreter und **Jakob Scharl** (Fotos, von links) angehörten.

Von da an war die DKP-Gruppe Püttlingen bestrebt, diese neue Partei in der Stadt bekannt zu machen. Das war aber nicht leicht, denn in der öffentlichen Presse wurde die Partei weitgehend totgeschwiegen. So mussten Überlegungen angestellt werden, was wir selbst tun können, um bekannter zu werden.

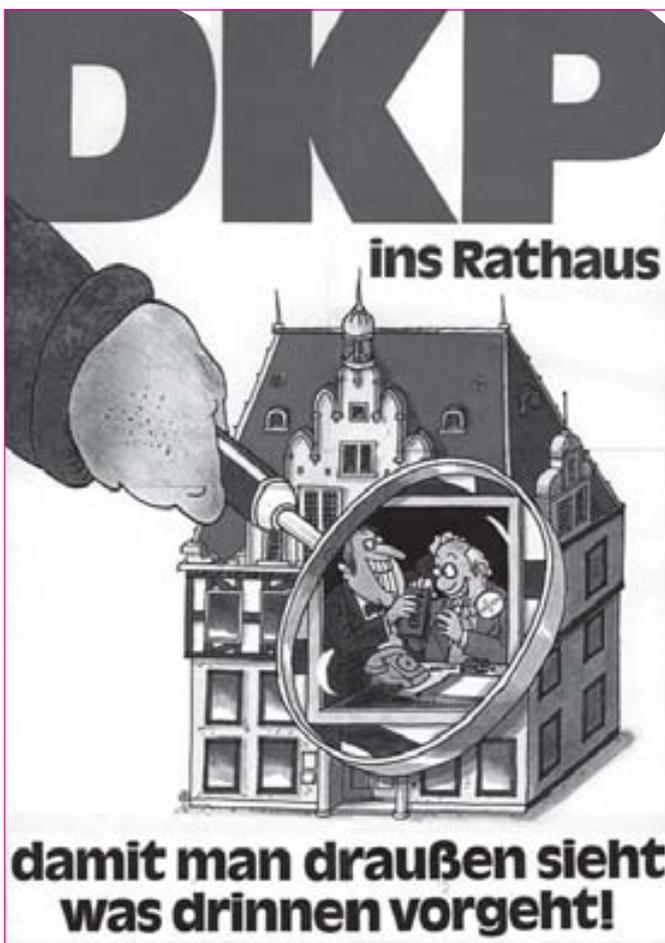
Eine wichtige Rolle spielte dabei die Herausgabe einer eigenen Blattes. Im November 1971 erschien dann erstmals die DKP-Stadtzeitung „pro + kontra“.

Anfangs kam diese Zeitung noch zu sporadisch. Doch schon bald ist sie regelmäßig gekommen und hat das Bild der Partei nach außen geprägt.

Aber auch mit diversen Veranstaltungen (von Fußball/Waldfesten bis zum Auftreten von Kulturgruppen),

mit Infoständen, attraktiven Aktionen und Vorträgen hat die DKP den Hindernislauf ins öffentliche Bewußtsein immer wieder neu aufgenommen. Heute kann man sich kaum vorstellen, was wäre, wenn es diese Partei in unserer Stadt nicht gäbe.

Vor allem im Stadtrat hat sich die DKP ihre Spuren verdient und als bewährte linke Kraft einen Namen gemacht. Bei vielen Gelegenheiten waren es Franz Hertel und seine Mitstreiter, die im Rathaus Dinge zur Sprache brachten, die manche Leute eigentlich von der SPD erwartet hätten. Aber die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen waren viel zu stark in der abenteuerlichen und arbeiterfeindlichen Politik ihrer Parteiführung befangen, so dass sie die Erwartungen ihrer Wähler kaum erfüllen konnten. Erst als die Agenda-2010-Politik von Schröder und Müntefering immer mehr Wähler vergraulte und Mitglieder die Partei massenweise verließen, begann auch bei der örtlichen SPD das Nachdenken. Doch noch immer sind bei ihr echte Alternativen zur CDU, der schon viel zu lange dominierenden Partei, schwach entwickelt.



Eine Wochenzeitung der DKP, die Sie unbedingt lesen sollten und über uns (auch probeweise!) bestellen können.



**Zum sechsten Mal:
Deutscher Mannschafts-
meister im Ringen!**

Herzliche Glückwünsche der DKP-Stadtratsfraktion: Am 31. Januar hat die Bundesligamannschaft des KSV Köllerbach zum sechsten Mal den Titel des Deutschen Mannschaftsmeisters im Ringen erkämpft. Mit einem Sieg in Luckenwalde unterstrichen die Köllerbacher Ringer ihre Spitzenstellung. Nach den Erfolgen von 1966, 1968, 1972, 2007, 2008 und 2009 hat der KSV damit den begehrten Titel schon ein halbes Dutzend mal gewonnen. Das ist Spitze.

Zahlen, die uns allen zu denken geben sollten:

Viele Menschen sind arm trotz Überfluß

Einen „Gemeinsamen Mittagstisch“ gibt es einmal die Woche in allen Püttlinger Stadtteilen. Vor allem „einsame und alleinlebende Personen“ können dort für zwei Euro ein Essen einnehmen. Zugleich gibt es in Köllerbach einen „Sozialen Kaufladen“, in dem Menschen mit geringem Einkommen sich Waren besorgen können. Beide Einrichtungen werden vom Verein „Soziale Initiative Püttlingen“ in Zusammenarbeit mit der ESH betrieben. Das ist durchaus lobenswert, dennoch ist Nachdenken angesagt.

Vor wenigen Jahren meinte der CDU-Politiker Norbert Blüm: „Marx ist tot, Jesus lebt“. Heute würde er es nicht mehr sagen. Was Marx und Engels vor 150 Jahren beschrieben haben, ist hochaktuell. Immer mehr Menschen spüren am eigenen Leib, wohin Kapitalismus führt. Jeder, der lesen kann und das Denken nicht verlernt hat, muß bei den bekannten Fakten nachdenklich werden:

- „Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut betroffen.“
(Unicef-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland, Mai 2008)

- „Jeder vierte zwischen 16 und 24 Jahre alte Jugendliche lebt in materieller Not oder ist davon bedroht.“
(Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe Anfang Juni 2008)

- Im Juli 2008 waren 1,35 Mio. Menschen in Deutschland auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Darunter ein rasant steigender Anteil von Menschen mit Vollzeit- und Teilzeitstellen. Arm trotz Arbeit.

- In den vergangenen zwei Jahren hat sich weltweit die Zahl der Hungernden von 848 auf 923 Millionen Menschen erhöht, d.h. jeder siebte Mensch auf dieser Erde ist unterernährt. Tendenz steigend. Seit Jahrzehnten sterben täglich mehr als 20.000 Menschen an den Folgen von Hunger. Doch sie hungern und sterben nicht etwa, weil es zu wenig Lebensmittel gibt, sondern weil sie deren Marktpreise nicht zahlen können.

Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger: Das ist die Normalität kapitalistischer Verhältnisse. Dieses System gilt es zu verändern und eine gerechtere Ordnung zu schaffen.

Kurz und knapp

Das TVP-Haus in Ventron war im vergangenen Jahr zum Problemfall geworden, wegen den enormen Belastungen sollte es verkauft werden. Doch die Mehrheit der Turner lehnte das ab, was den Rücktritt des Vorstandes zur Folge hatte. Inzwischen ist eine neue Führung fast komplett und es ist klar, dass das Jugend-, Ski- und Wanderheim des TV in den Vogesen erhalten bleibt. Die Renovierungsarbeiten sind voll im Gange.

*

Der TV Köllerbach, der im letzten Sommer mit dem Bau einer Gymnastikhalle begonnen hat, will im März die Einweihung der neuen Anlage vornehmen. Dem Verein mit rund 750 Mitgliedern stehen damit wesentlich bessere Trainingsmöglichkeiten als bisher zur Verfügung. Dazu spricht die DKP-Fraktion ihre Glückwünsche aus.

*

Das 6. Früh-Linksfest der DKP ist für den 23. Mai 2009 eingepplant. Seit 2004 wird diese Veranstaltung an der Fischerhütte im Kesselfeld durchgeführt und ist stets ein beliebter Treffpunkt linker Kräfte unserer Stadt. In der nächsten Ausgabe werden wir über das geplante Programm berichten.



Ratsmitglied Edith Albert (Ritterstr.) will sich auch im nächsten Stadtrat für die Umgestaltung der Schulen in echte Ganztagschulen stark machen.

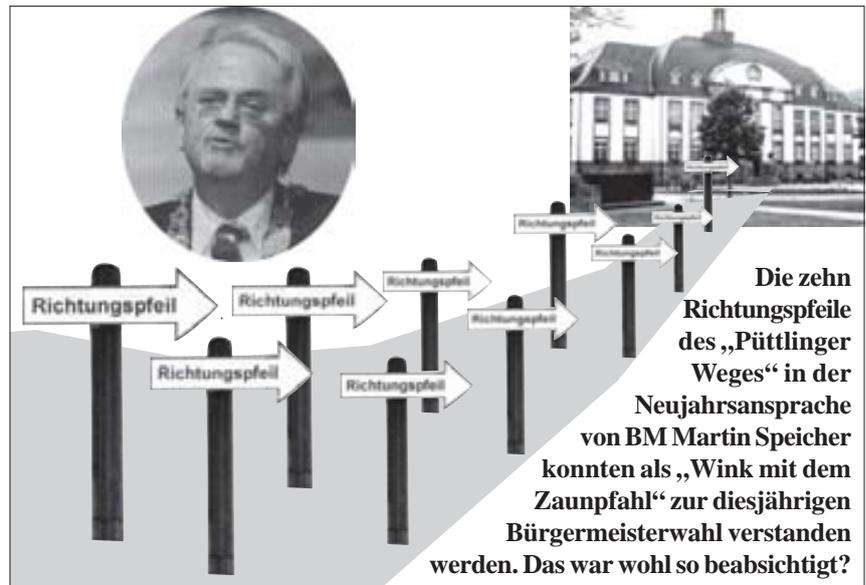
Neujahrsempfang im Rückblick:

Martin Speicher nutzt seinen Amtsbonus zur Werbung für die kommende Bürgermeisterwahl

Neujahrsempfänge unterliegen stets dem gleichen Ritual: Rückblick auf erbrachte Leistungen, Dank dafür und Ausschau auf kommende Ereignisse. Das war auch beim diesjährigen Empfang der Stadt Püttlingen kaum anders. Dabei konnte nicht übersehen werden, dass die Veranstaltung stark auf die kommenden Wahlen orientiert war.

Bürgermeister Martin Speicher streifte in seiner Festansprache die aktuelle politische Lage nur mit einem **einzigem** Satz und bezeichnete dabei die „Auswirkungen der Finanzkrise“ als „für uns alle noch nicht im Detail absehbar“, obwohl „möglicherweise enorme Auswirkungen“ zu erwarten seien.

Das war etwas wenig, angesichts der gegenwärtigen Finanz- u. Wirtschaftskrise, die offensichtlich noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hat und neben wachsender Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und weiteren sozialen Abstrichen auch riesige Belastungen für die Kommunen und die Bürger unserer Stadt zur Folge haben wird. Was dann, Herr Speicher?



Ansonsten nannte der Festredner das Stichwort „Super-Wahljahr 2009“ und sprach über „neue Aufgaben und Herausforderungen“, wobei unser Leben Richtungen und Wegweiser brauche, „an denen wir uns orientieren“.

Solche Richtungsweiser für den „Püttlinger Weg“, der schon beim Neujahrsempfang vor einem Jahr strapaziert wurde, hatte Martin Speicher gleich massenweise in petto. Genau 10 so genannte „Richtungspfeile“ waren es, die Bürgermeister Speicher detailliert darstellte. Dadurch entstand der (zutreffende!) Eindruck, dass hier der Amtsbonus als Bürgermeister voll ausgenutzt wurde,

um Werbung für die eigene Kandidatur zu machen.

Nicht, dass etwas gegen die einzelnen Punkte einzuwenden sei. Es sind Fragen, die sich in vielen Kommunen gleichermaßen stellen und auch in anderen Fraktionen diskutiert werden. Wenn jedoch fünf Monate vor der Stadtrats- und Bürgermeisterwahl diese massierte Darstellung abendfüllend gebracht wird und zu gleicher Zeit bereits ein Werbematerial („Schwarz auf Weiß“) der örtlichen CDU im Umlauf ist, in dem die „Themenfelder des 10 Punkte-Programms“ für die Bürgermeisterwahl vorgestellt werden, ist das kein Zufall.

Die „zehn Richtungspfeile“ der bürgermeisterlichen Neujahrrede stimmen mit den erwähnten Themen des 10-Punkte-Programms inhaltlich voll überein, nur die Wortwahl variiert etwas. Da bleibt eben ein fader Beigeschmack wegen dieser Ausführungen, zumal viele Fragen oder Probleme nur vage erläutert worden sind.

So ist von weiterem Sparen die Rede, in gleichen Atemzug heißt es aber, dass wir trotz aller Sparzwänge „weiterhin in die Zukunft investieren müssen“. Wie und womit, wird nicht einmal angedeutet. Im Übrigen werden alle Vorhaben nachgebetet, die bereits Gegenstand von Stadtratsbeschlüssen oder im Investitionsprogramm der Stadt enthalten sind.

Fazit: Der Bürgermeister hätte gut getan, in seiner Neujahrrede auf langatmige allgemeine Vorgaben zu verzichten und dafür die wichtigsten Aufgaben etwas konkreter zu beleuchten.

Zum Einsatz von „Streetworkern“ in Püttlingen:

Fischt die CDU wieder mal im Trüben?

Der Wahlkampf hat begonnen und prompt erscheint nach langer Abstinenz ein „Mitteilungsblatt der CDU Püttlingen“. Ein Titel in dieser Schrift lässt aufhorchen: „CDU erneuert Forderung nach Streetworkern in Püttlingen“. Demnach ist die Union also eine Vorkämpferin für dieses Begehren? Keineswegs! Betrachten wir die Tatsachen:

Es war in der Ratssitzung vom 16. Juli 2003. Damals wurde die Durchführung eines Modellversuches „Kommunaler Ordnungsdienst“ diskutiert. Dabei war auch vorgeschlagen worden, ein privates Bewachungsunternehmen in das Vorhaben einzubeziehen. Die DKP lehnte das ab, nicht zuletzt deshalb, weil Ordnung und

Sicherheit hoheitliche Aufgaben sind und nicht privatisiert werden dürfen. Unsere Fraktion plädierte seinerzeit für den Einsatz von Sozialarbeitern an bestimmten Brennpunkten. Doch damit stießen wir bei der CDU wie so oft auf taube Ohren. Sie wollte von Streetworkern nichts wissen.

Inzwischen ist der Regionalverband von der Stadt zum Einsatz von professionellen Sozialarbeitern aufgefordert worden und die immer so allwissende Union hat dabei mitgestimmt; sie hat nämlich ihre Haltung zur Frage Streetworker korrigiert. Das ist gut so. Nur sollte die CDU nicht so tun, als sei sie schon immer schlau gewesen. Im Trüben fischen taugt nichts.